

Lesen bitte einmal das nach, was er tatsächlich gesagt hat!

Ich komme ein bisschen zu dem Ergebnis, dass das, was Sie als Unterstellung verstanden haben, vielleicht die Wahrheit sein könnte. Gesagt hat er das nämlich so nicht. Insofern muss das in Ordnung gebracht werden.

(Beifall von der CDU – Zuruf von der SPD:
Das können wir ja nachlesen!)

Ich erinnere daran, dass die Herren Tiefensee, Klimmt, Stolpe, Müntefering und Bodewig Minister waren. Ich kann nur sagen, auf Bundesebene ist in der Vergangenheit nichts passiert. Jetzt geht es immer gegen Ramsauer.

Sie sagen ja sogar, dass die Erneuerung der Rheinbrücke für 2025 einvernehmlich zwischen Land und Bund abgesprochen war. – Ich zitiere aus der Presseerklärung des großen Verkehrspolitikers Norbert Römer vom 30.11.:

„Die verfehlte Verkehrspolitik der schwarzgelben Bundesregierung wirkt sich katastrophal auf unser Land aus. Die chronische ...“

(Heiterkeit und langanhaltender lebhafter Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Außer dumm und dämlich zu quatschen, konnte Rot-Grün noch nie etwas.

(Beifall von der CDU und der FDP – Lachen von der SPD und den GRÜNEN – Jochen Ott [SPD]: Schon wieder vermessen! – Weitere Zurufe)

Ich komme auf die Pressemitteilung von Herrn Römer zurück:

„Für den Verkehrsinfarkt in Leverkusen ist Bundesverkehrsminister Ramsauer mit verantwortlich.“

(Lebhafter Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Welch schäbiges Vorgehen, nachdem der Minister gerade das Gegenteil gesagt hat! – Schönen Dank.

(Lautes Lachen und lebhafter Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Schemmer. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir sind am Schluss der Beratung.

(Unruhe)

– Verehrte Kolleginnen und Kollegen, bei aller Freude – es ist ja bald Weihnachten – sage ich Ihnen: Der Applaus hat einen Großteil der Redezeit eingenommen. Es gibt zwei wichtige Entschließungsanträge, über die wir abstimmen müssen.

Wir kommen zur Abstimmung über diese beiden Entschließungsanträge. Wir stimmen erstens über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 16/1683** ab. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Entschließungsantrag mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU- und der FDP-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion der Piraten **angenommen**.

Ich komme zweitens zur Abstimmung über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 16/1704**. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Entschließungsantrag mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU und der FDP sowie eines Kollegen aus der Fraktion der Piraten bei Enthaltung der restlichen Fraktion der Piraten **abgelehnt**.

Wir kommen nun zu:

2 Landesregierung muss endlich grünes Licht für newPark und die Schaffung tausender Arbeitsplätze geben

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1668

Die Fraktion der FDP hat mit Schreiben vom 10. Dezember 2012 gemäß § 90 Abs. 2 der Geschäftsordnung zu der genannten aktuellen Frage der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner für die antragstellende Fraktion Herrn Abgeordneten Ellerbrock das Wort.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Worum geht es in dieser Aktuellen Stunde? – Es geht um eine Bürgschaft des Landes in Höhe von 17,5 Millionen € für die newPark GmbH, die von 23 Gemeinden, zwei Kreisen und der IHK Nord Westfalen getragen wird.

Was soll damit bewirkt werden? – Der Ankauf von 550 ha Fläche von einem großen Energieversorger. Zunächst sollen davon 150 ha entwickelt werden. Die Entscheidung tut jetzt und heute not, da sonst die Kaufoption ausläuft. Die Vertragsverhandlungen für eine Verlängerung sind offen.

Weiterhin ist zu beachten, dass EU-Mittel vom EFRE-Programm in 2013 auslaufen. Die Finanzierung des Nachfolgeprogramms von EFRE ist offen.

Also droht die Gefahr des Verlustes von EFRE-Mitteln.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Das Land hat derzeit schon knapp 3 Millionen € für planungsvorbereitende Maßnahmen ausgegeben. Das Nutzungskonzept sieht vor, auf einer Fläche von rund 150 ha als Erstinvestition Unternehmen mit mindestens 10 ha Flächengröße anzusiedeln, wobei jeweils Erweiterungsoptionen um mindestens 3 ha gewährleistet werden sollen.

Es geht um produzierendes Gewerbe und seine Zulieferungsindustrie. Geplant ist von der Standortgemeinde Datteln, 2013 die Bauleitplanung abzuschließen, um möglichst 2014 Ansiedlungsmaßnahmen durchzuführen. Insgesamt ist nach Auskunft der newPark GmbH im Konzept beabsichtigt, öffentliche Mittel in Höhe von rund 29 Millionen € einzusetzen. Daraus soll eine Wertschöpfung von mehr als 12 Milliarden € erwirtschaftet werden.

Nicht zu verkennen ist, dass diese Fläche auch im Zusammenhang mit dem Kraftwerksprojekt Datteln zu sehen ist. Aufgrund von Synergien wie Abwärmenutzung ist es planerisch sinnvoll, neben jedem Kraftwerk eine industrielle Ansiedlungsfläche zu haben.

Probleme bestehen. Zunächst ist die uns allen bekannte FFH-Problematik zu nennen. Zum Zweiten gibt es zwar eine planfestgestellte Erschließungsstraße, die B 474, die allerdings vom BUND und einem Privaten beklagt wird.

(Hanns-Jörg Rohwedder [PIRATEN]: Bravo!)

Das Verfahren liegt beim OVG.

Meine Damen und Herren, wer sich dieser Problematik annimmt, muss in die Geschichte der Landesentwicklungsplanung zurückgehen. Im Jahre 1976 scheiterte im Orsoyer Rheinbogen bei Rheinberg eine Industrieansiedlung der VEBA. Die damalige SPD-Landesregierung hat es zu Recht für notwendig erachtet, im Sinne einer Landesentwicklung auch Flächen im Angebot zu haben, um Großindustrie nach Nordrhein-Westfalen zu holen.

Die Zeiten, in denen wir über Stahlwerke, große Raffinerien usw. sprachen, sind vorbei. Deshalb ist die ehemals vorgesehene Flächennutzung von mindestens 200 ha für einen Betrieb Anfang der 90er-Jahre auf eine Ansiedlungsgröße von 150 ha modifiziert worden. Bei einer Clusterorientierung soll ein einzelner Betrieb 80 ha haben.

Warum sind diese Flächen nicht genutzt worden? – Weil sie nicht verfügbar waren.

(Vereinzelt Beifall von der FDP und der CDU)

Der Landesentwicklungsplan sieht vor, dass diese Flächen vor konkurrierender Nutzung zu schützen sind. Allerdings sind sie tatsächlich nicht verfügbar.

Hierbei, Herr Minister Duin, ist es sinnvoll, dass wir uns bei unserer grundsätzlichen Überlegung darüber klar werden, was wir ändern können, um Flächen, die wir aus Landesinteresse planerisch vor konkurrierender Nutzung sichern wollen, tatsächlich verfügbar zu machen. Man sollte wirklich überlegen, ob man den Grundeigentümern einen geringen Betrag zahlt, damit sie zukünftig bei Inanspruchnahme der Fläche nach einer festgelegten Preisgleitklausel einen schon bekannten Verkaufspreis akzeptieren und gleichzeitig auf Einrede gegen das Vorhaben verzichten. Denn jede Planung ist nur so gut wie ihre Durchsetzung vor Ort. Deswegen müssen wir uns hier Gedanken machen, wie wir weiterkommen.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, im Zuge des Projektes newPark sind nach den Jahren 2009/2010 die Landesentwicklungsplanung und Regionalplanung geändert worden. Eine ehemalige Fläche von mehr als 1.000 ha ist auf rund 330 ha verkleinert worden.

Aber: Wir haben hinsichtlich FFH, Erholung und regionalem Grünzug eine konkurrierende Nutzung zugelassen, die eine Gesamtnutzung dieser Fläche aufgrund der Konkurrenzsituation erschwert. Das läuft dem Geist der seit 1976 bestehenden Flächensicherung für eine gewerblich-industrielle Nutzung dieses Gebietes zuwider. Das sind die Probleme, mit denen wir uns heute auseinandersetzen.

Welche Probleme haben wir? – Man sagt – erstens –: Wir wissen noch gar nicht, welcher Investor kommt. – Nein, ein Investor kommt nur dann, wenn die Fläche tatsächlich verfügbar und nach Möglichkeit mit Baurecht versehen ist.

Zweitens. Die Straßenanbindung und die öffentliche Erschließung – hier am Kanal gelegen – sind in Ordnung? Das muss gesichert werden. Ich habe auf die Problematik der B 474 hingewiesen. Diese Sache liegt beim OVG. Man ist guten Mutes.

Drittens. Man sagt, die Flächen würden nicht nachgefragt. Hinsichtlich der Verfügbarkeit habe ich eben etwas ausgeführt. Prognos weist in seinem Gutachten überzeugend den Flächenengpass im Ruhrgebiet nach, sodass Flächen über 10 ha in drei Jahren im Ruhrgebiet wahrscheinlich vergriffen sein werden. Das ist ein Warnzeichen.

Viertens. Meine Damen und Herren, Ja, wir haben Altlasten und Brachflächen im Ruhrgebiet. Aber wer von Ihnen würde auf einer solchen Altlastenfläche investieren? Wir kennen ja nicht die Altlast von morgen und wissen damit auch nicht, welche neuen Parameter wir neu einführen werden. Herr Minister Duin, wenn wir Altlastensanierung wirklich ernst meinen, dann muss es für den Investor eine Risikoabsicherung geben, damit das Land, wenn morgen ein neuer Schadstoff entdeckt wird, den Investor nicht als Zustandsstörer und damit sanierungspflichtig ausmacht. Wir müssen zusehen, dass wir diese Flächen tatsächlich verfügbar machen.

Bei der Gelegenheit werde ich nicht müde, an die Wirtschaft zu appellieren, die Arbeit des Altlastensanierungsverbandes AAV weiter kräftig zu unterstützen, auch wenn sie zu Recht wegen des Wasserentnahmeentgeltes ihre Zahlungen wesentlich reduziert haben.

(Beifall von der FDP und Lutz Lienenkämper [CDU])

Die Wirtschaft steht in der Verantwortung und muss sich stärker engagieren.

Fünftens. Demgegenüber muss sich auch der Naturschutz umstellen, sodass wir zu einer Flächenrotation kommen: Flächen, die aufgegeben werden, werden dem Naturschutz und der Grünnutzung zugeführt, während andernorts Flächen aufgegriffen werden. Die Bilanz muss stimmen. Dieser Weg ist richtig: Ja zur Natur aus zweiter Hand!

Sechstens. Die FFH-Randlage ist in diesem Gebiet ein ganz entscheidendes Hindernis. Ich bin immer dafür, zum Erhalt des genetischen Reproduktionspotenzials Ja zu sagen. Das ist seit Jahren bekannt. Hier müssen wir allerdings überlegen: Das Kraftwerk schöpft in seiner Randlage die Emissions- und vor allen Dingen die Immissionsgrenzen in diesem Bereich aus. Immissions- und Emissionsprognosen werden erstellt. 2013 wird man weitersehen. Dann kann man über Emissionsminderungsmaßnahmen reden.

Siebtens. Das Gebiet in der Randlage zu FFH ist sicherlich schwierig. Es gibt aber auch Ausnahmen von einer FFH-Regelung. Herr Kollege Priggen, ich rekurriere auf § 34 des Bundesnaturschutzgesetzes. Das ist dann möglich, wenn in besonderem Maße prioritäre Lebensräume – also eine ganz besondere Naturschutzorientierung –...

(Der Redner wendet sich wegen der Redezeitanzeige an das Präsidium.)

– Ich dachte, ich hätte sieben Minuten. Hier steht: Redezeit zu Ende.

Wenn nach § 34 des Bundesnaturschutzgesetzes Belange des Allgemeinwohls im Vordergrund stehen und eine Zumutbarkeit an anderer Stelle nicht gegeben ist, ist das möglich.

Wer wie gestern über Opel und das Investitionsklima redet, der sollte darauf setzen, dass Sie, Herr Minister Duin und Herr Groschek, mit dem Naturschutz im Sinne des Allgemeinwohls auf einen Weg kommen, diese Nutzung möglich zu machen.

(Beifall von der FDP)

Wir haben eine Blaupause für dieses Problem: Vor wenigen Jahren ging es um die Anbindung von Opel in Bochum an die Querspange der A44 auf die A43. Damals hat es einen großen Zielkonflikt zwischen Grünen und SPD gegeben. Der damalige Ministerpräsident hat in einem starken Schritt gesagt: „Wir

machen das!“, denn schon damals stand in Bochum die Arbeitsmarktproblematik im Raum.

Hier muss die Landesregierung zu einer Linie finden und Ja zur Bürgschaft sagen. Wenn wir die Bürgschaft nämlich heute nicht einleiten, dann kann die Verkaufsoption wegfallen. Außerdem geben wir zur falschen Zeit das falsche Signal. Sagen wir deshalb Ja zur Verbesserung des Investitionsklimas in Nordrhein-Westfalen. Das haben wir noch gestern alle gemeinsam eingefordert. Sagen wir damit auch Ja zur Bürgschaft. Das ist eine Chance für Arbeitsplätze im Ruhrgebiet,

(Beifall von der FDP und der CDU)

die wir so schnell nicht wiederbekommen.

Deswegen ist es notwendig, dass Sie, Herr Minister, ein klares Bekenntnis und ein Ja zum Arbeitsplatz-erhalt, zur Arbeitsplatzsicherung und zu newPark abgeben. Und das heißt: Ja zur Bürgschaft. – Schönen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herzlichen Dank, Herr Ellerbrock. – Nun spricht für die SPD-Fraktion Herr Schmeltzer.

Rainer Schmeltzer¹⁾ (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Ellerbrock, ja, in Datteln soll unter der Bezeichnung „newPark“ eine Fläche für industriell-gewerbliche Großvorhaben entwickelt werden. Wir sagen von vornherein zunächst einmal: Das ist auch gut so!

(Beifall von der SPD)

Dies tun wir allerdings ohne die Einschränkung, die Sie getätigt haben, indem Sie immer auf die verschiedenen Kriterien hingewiesen haben. Sie haben immer „Ja, aber“ gesagt. Ich will versuchen, das ein bisschen zu relativieren.

Durch die Flächenentwicklung auf dem newPark-Areal soll eine vermarktbare Fläche von annähernd 150 ha entstehen. Die Projektsteuerung erfolgt durch die newPark-GmbH-Gesellschafter, die breit gefächert sind. Unter anderem sind das die Stadt Datteln, der Kreis Recklinghausen, die Stadt Dortmund, die WiN Emscher Lippe GmbH sowie NRW.URBAN. Sie haben es richtig erkannt: Es handelt sich um ein großes regionales Projekt.

Die Landesregierung hat dieses regionale Projekt immer unterstützt, übrigens auch unter dem abgewählten Ministerpräsidenten Rüttgers und der Wirtschaftsministerin Thoben, genauso wie unter der heutigen Ministerpräsidentin Hannelore Kraft und den Wirtschaftsministern Voigtsberger und Duin.

Die Bewilligung des Förderantrags für den Planungsprozess ist bereits 2008 erfolgt. Die Förde-

zung aus dem Ziel-2-Programm betrug damals 2,9 Millionen €.

Wir wissen ganz genau: In Nordrhein-Westfalen müssen weiterhin große Industrieansiedlungsprojekte möglich sein. Darauf weisen auch und besonders die Wirtschaftsförderer im Ruhrgebiet berechtigterweise immer wieder hin. Industrieansiedlungsprojekte müssen gerade dort möglich sein, wo Industrie und Arbeitsplätze besonders benötigt werden. Deshalb stehen wir zu der Planung des Gebietes newPark,

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

ebenso wie die Region und auch die Regionalplanung des RVR. Die Regionalplanung hat aber auch festgelegt, dass es sich bei der Erstsiedlung auf der newPark-Fläche um ein Produktionsunternehmen mit einer Flächengröße – Herr Ellerbrock, Sie haben darauf aufmerksam gemacht – von mindestens 10 ha handeln muss. Nur unter der Voraussetzung haben die Nachbarkommunen die Entwicklung von newPark mitgetragen, um mögliche kommunale Verlagerungseffekte auszuschließen, die wir bei vielen Flächen im Land leider Gottes schon viel zu oft hatten.

Auch die Landesplanung kann ihren Beitrag dazu leisten, das newPark-Projekt planerisch abzusichern. Ich bin mir sicher, dass die Landesregierung das Projekt durch Flächensicherung unterstützen wird, wie im Übrigen von der Ministerpräsidentin bereits im November 2011 öffentlich zugesagt.

Klar ist, Herr Ellerbrock: Die Landesregierung hat in ihrer Verantwortung für das ganze Land die planerischen, juristischen, zeitlichen und haushalterischen Risiken sehr sorgfältig zu prüfen; immerhin geht es um eine Bürgschaft von 17,5 Millionen €. Gerade Sie seitens der Opposition mahnen doch immer die Haushaltspolitik an. Deswegen werden wir das sehr kritisch überprüfen.

Sie fordern in Ihrem Antrag, die Landesregierung solle grünes Licht für newPark geben. Diese Forderung zeigt vor allem eins: Die FDP hat bis heute nichts, aber auch gar nichts aus der juristischen Klatsche gelernt, die sie in ihrer Verantwortung als mitregierende Partei erhalten hat. Sie verfolgt immer noch die Strategie, mit der sie schon in der gerichtlichen Auseinandersetzung um das Kraftwerk Datteln 4 gescheitert ist: Augen zu und durch! – Genau das machen wir nicht.

(Marcel Hafke [FDP]: Das ist doch totaler Quatsch! – Zuruf von Thomas Kufen [CDU])

Wenn sich die FDP mit dem Urteil des OVG Münster zu Datteln 4 oder mit dem Urteil zum Trianel-Kraftwerk in Lünen befasst hätte, dann müsste sie wissen, dass politischer Wille kein Ersatz dafür ist, alle Hausarbeiten zu erledigen. Wir und die Landesregierung machen unsere Hausaufgaben, und zwar verantwortungsbewusst.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

Sie streuen bewusst Sand in die Augen. Sie schüren Illusionen in der betroffenen Region. Sie fordern die Landesregierung auf, die gleichen Fehler zu wiederholen, die Sie bei dem Kraftwerk Datteln 4 gemacht haben, und damit, Sorgfalt durch Aktivismus und Unterlassung zu ersetzen.

(Beifall von den GRÜNEN – Marcel Hafke [FDP]: Sie haben noch nicht mal den politischen Willen!)

Sie verschweigen bewusst mögliche juristische Risiken, die derzeit noch ungelöst sind. Die müssen wir sehen, Herr Ellerbrock, und können nicht mit „Ja, aber“ arbeiten.

(Thomas Kufen [CDU]: Doch!)

Sie verschweigen, dass der Planfeststellungsbeschluss für die Realisierung der Bundesstraße 474n, die das Gebiet an das Straßennetz anschließen soll, beim OVG Münster beklagt wird und die Verhandlung kurz bevorsteht. Wenn der Klage stattgegeben würde, könnte kein Lkw das Areal auf vernünftige Weise erreichen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Ellerbrock?

Rainer Schmeltzer^{*)} (SPD): In der Aktuellen Stunde, Herr Präsident, sind Zwischenfragen meines Wissens nicht zulässig.

Vizepräsident Oliver Keymis: Verdammt! Das könnte sein.

(Heiterkeit von Lutz Lienenkämper [CDU])

Herr Ellerbrock hat mich überlistet.

(Allgemeiner Beifall)

Herzlichen Glückwunsch, Herr Ellerbrock, Sie haben mich echt erwischt. Aber das hängt damit zusammen, dass die Aktuelle Stunde so verspätet stattfindet. Dadurch war ich schon in meinem normalen 12-bis-13-Uhr-Dienst. Außerdem steht Weihnachten kurz vor der Tür. Ich bedanke mich für Ihre Meldung und Ihren Hinweis. Herr Ellerbrock hat es nicht gewusst, ich habe es auch nicht gewusst. – Bitte, Herr Schmeltzer, fühlen Sie sich ungestört und fahren Sie fort.

Rainer Schmeltzer^{*)} (SPD): Ich fühle mich nach wie vor ungestört und bedanke mich recht herzlich dafür, dass Ihre Ausführungen nicht auf meine Redezeit angerechnet werden.

Sie ignorieren, dass die Umweltverträglichkeit des Vorhabens – FFH, Artenschutz – sichergestellt wer-

den muss, weil der newPark in unmittelbarer Nähe des FFH-Gebiets Lippeaue zwischen den Kreisen Unna und Dorsten liegt. Sie haben zwar darauf hingewiesen, Herr Kollege Ellerbrock, aber immer mit dem „Aber“ hinterher. Wenn das Problem nicht gelöst wird, würden keinerlei Emissionen von dem Areal aus mehr genehmigt werden.

Das sogenannte Trianel-Urteil des OVG Münster vom 1. Dezember 2011 legt ein neues Verfahren zur Zulässigkeit von Emissionen fest. Ich weiß, wovon ich rede, weil sich das Urteil auf meine Heimatstadt Lünen bezieht. Das Summationsprinzip beinhaltet, dass alle Emissionen einer Region addiert werden. Das Prioritätsprinzip beinhaltet, dass die Antragsteller in ihrer zeitlichen Reihung zu bewerten sind. Im Ergebnis stünden nach diesen Prinzipien für den neuen Industriestandort newPark keine Emissionen mehr zur Verfügung. Dass das Trianel-Urteil zu berücksichtigen ist, zeigt die gerade abgeschlossene dreitägige Anhörung des neuen Genehmigungsverfahrens für das Trianel-Kraftwerk in meiner Heimatstadt Lünen.

(Beifall von Reiner Priggen [GRÜNE])

Sollen solche Aspekte wirklich außer Acht gelassen werden, ohne dass wir die Ergebnisse kennen? – Das wäre fahrlässig. Ich bin froh, dass wir eine Landesregierung haben, die verantwortlich und gewissenhaft handelt bzw. das macht, was bei Schwarz-Gelb immer propagiert wurde: handeln wie ein ordentlicher Kaufmann, also die Bürgschaften im Vorfeld sorgfältig prüfen. Ich bin sicher, dass die Landesregierung nach Abschluss der Prüfungen eine verantwortbare Entscheidung treffen wird, die von der SPD-Fraktion in allen Regionen des Landes vertreten werden kann. Die SPD-Fraktion wird sich gerne ebenso verantwortlich an den vorbereitenden Gesprächen beteiligen.

Ich bin froh, Herr Kollege Ellerbrock, dass die FDP mit ihrem Harakiri-Kurs nicht die Regierungsverantwortung in diesem Land trägt, sondern verantwortungsvolle Politik von Rot und Grün,

(Lachen von Ralf Witzel [FDP])

sowohl inhaltlich als auch haushalterisch, seit Mai 2010 und verstärkt seit Mai 2012 die Geschicke des Landes lenkt. Wir stehen hinter newPark. Der Haushalt für 2013 ist eingebracht worden. Darin sind die Bürgschaften nach wie vor verankert. Wenn wir das nicht gemacht hätten, dann hätten wir deutlich signalisiert, dass wir es fallen lassen. Wir wollen es aber. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herzlichen Dank, Herr Schmeltzer, und noch einmal Entschuldigung für die von mir ungebührlich vorgenommene Unterbrechung. – Herr Hovenjürgen, in der Aktuellen Stunde des Landtags von Nordrhein-Westfalen, die

heute ausnahmsweise erst um 12 Uhr begonnen hat – ich bekomme es noch hin –, haben Sie jetzt das Wort für die CDU-Fraktion. Bitte schön, Herr Hovenjürgen.

Josef Hovenjürgen (CDU): Danke schön. – Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Herr Schmeltzer, am Anfang war ich noch optimistisch, dass es ein klares Ja zum newPark wird. Zum Schluss prägte allerdings das „Aber“ Ihre Rede. Ich muss ganz klar sagen, dass ich mir eine konsequentere Haltung gewünscht hätte, insbesondere wenn Sie die Probleme beschreiben, die man unstrittig so sehen kann. Richtig ist allerdings auch: Wir brauchen die Fläche zur Ansiedlung von neuer Industrie und neuer Arbeit im Ruhrgebiet. Wenn Sie von Summation reden, dann kann man das so sehen, aber wenn wir uns anschauen, wo wir unter solch einer Sichtweise überhaupt noch Ansiedlungen betreiben könnten, dann schiebe das Ruhrgebiet zukünftig für industrielle Ansiedlungen aus. Somit hätten wir keine Chance, den Menschen im Ruhrgebiet überhaupt noch Arbeit bieten zu können. Das kann doch wohl nicht unser gemeinsames Ziel sein.

(Beifall von der CDU)

Ich bin Herrn Ellerbrock und der FDP dankbar, dass sie diese Aktuelle Stunde beantragt haben, weil sie notwendig ist, weil sie ganz klar deutlich macht, wie intensiv wir diese Flächen benötigen, um überhaupt noch von großflächiger industrieller Ansiedlung reden zu können.

Wer dann – wie zum Beispiel Kollege Herrmann, dem Fraktionsvorsitzenden der Grünen, vor einigen Tagen im Kreistag von Recklinghausen – erklärt, wir sollten endlich mit der Mär aufhören, dass es industrielle Arbeitsplätze mit Produktionsanteilen in dieser Region überhaupt noch geben könnte, weil die eh nach Asien wandern, dem sage ich: Diesen Kampf um Arbeitsplätze für die Menschen in unserer Region gebe ich nicht verloren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich werde mich mit meiner Fraktion zusammen darum bemühen, den Menschen hier im Ruhrgebiet Arbeit zukommen zu lassen.

Wer dann da sagt, wir müssten Altflächen nutzbar machen, der muss sich auch mit dem Baurecht, dem Abstandserlass des Landes Nordrhein-Westfalen, auseinandersetzen. Der weiß dann auch, dass wir auf altindustriellen Flächen eben nicht wieder industriell handeln können, sondern in der Regel am Ende unter Berücksichtigung der Wohnsituation, weil sich eben in der geschichtlichen Entwicklung des Ruhrgebiets das Wohnen um die Arbeit entwickelt hat und eben innerstädtisch liegt und dadurch bedingt die Flächen im Verhältnis zum Wohnen für industrielle Bereiche nicht mehr nutzbar sind. Zum Schluss bleibt nicht störendes Gewerbe. Das be-

deutet in der Regel Einzelhandel. Das bedeutet in der Regel Angriff auf die Innenstädte. Dann haben wir Konfliktsituationen, die wir auch in unseren Städten nicht gebrauchen können, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Deswegen noch einmal ganz konsequent: Wer neue Arbeitsplätze will, der muss auch den newPark wollen. Da macht es keinen Sinn, letztendlich schon heute, liebe Fraktion der Grünen, aus dem Wirtschaftsminister einen Bettvorleger flechten zu wollen, sondern hier hätte der Wirtschaftsminister ganz klar unsere Unterstützung. Er hat sie für den Bereich des newParks. Ich würde mich freuen, wenn auch Sie – Herr Priggen wird ja, glaube ich, gleich dazu reden –, Herr Priggen, zu diesem Thema „newPark“ stehen könnten. Denn wir brauchen ihn in der Region.

Wir brauchen ihn übrigens genauso wie den Kraftwerksstandort Datteln 4.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Denn auch Datteln 4, meine lieben Kolleginnen und Kollegen der Grünen, ist ein Beitrag, der die Energiewende gelingbar macht. Sie wollen doch, dass die Energiewende gelingt.

(Beifall von der FDP)

Deshalb brauchen wir Datteln 4, um die Energiewende zu ermöglichen.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Wenn man, liebe Frau Beer, den Hinweis der Fraktionsvorsitzenden Ihrer RVR-Fraktion hört, die sagt, wir könnten ja im newPark Windräder bauen, um Datteln 4 zu ersetzen, dann kann ich nur sagen: Da beginnt die fachliche Ahnungslosigkeit nun wirklich Blüten zu treiben.

Denn wenn man weiß, welche Fläche wir heute benötigen, um überhaupt ein Windkrafttrud der neuen Dimension mit 3 MW, 200 m Höhe und 100 m Rotordurchmesser zu stellen, dann weiß man auch, dass wir vielleicht von fünf Windrädern sprechen, die wir auf dieser Fläche platzieren könnten, mehr aber nicht. Davon könnte ich dann im Prinzip 5 MW an Energie ersetzen von den 1.100 MW, die Datteln 4 stündlich liefern könnte. So viel zum fachlichen Beitrag der RVR-Fraktion der Grünen zur Energiewende. Auch das zeugt von nicht unbedingt hoher Sachkompetenz.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Deswegen noch einmal zusammengefasst, liebe Kolleginnen und Kollegen: Der newPark ist ein Beitrag zur Reindustrialisierung des Ruhrgebiets. Deshalb brauchen wir ihn, Herr Duin. Deshalb haben Sie unsere Unterstützung bei der Umsetzung.

Wir brauchen aber auch die Bürgerschaft in der Region, weil diese Bürgerschaft zwingende Voraussetzung

ist, um den Grunderwerb zu tätigen, weil die Kommunen in dem Bereich der Gesellschafter im Stärkungspakt stehen und die Unterstützung des Landes brauchen, um diese Entwicklung in ihrem Bereich möglich zu machen.

Wenn sie sie nicht erhalten, dann geht im Ruhrgebiet die Spirale nach unten weiter, weil Folgendes passieren wird: Schon heute müssen die Stärkungspaktkommunen im Ruhrgebiet ihren Bürgern die höchsten Abgaben abverlangen. Faktisch bedeutet das: Da, wo Brennpunkte sind, ist das Leben am teuersten. Wenn wir im Ruhrgebiet keine neue Arbeit anbieten können, dann wird das dazu führen, dass diese Spirale nach unten weitergeht. Dagegen kämpfen wir an, meine lieben Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wenn wir schon immer wieder über Nachhaltigkeit in der Politik reden, dann lassen Sie mich auch noch auf einen Faktor von Nachhaltigkeit verweisen. Wir haben im Ruhrgebiet eine flächendeckende Umweltzone, und alle haben sich dafür gelobt. Dies wird zur Folge haben, dass 35.000 Pkw-Besitzer, die zurzeit noch mit roter Plakette ihren Pkw bewegen, ihn auf Dauer nicht mehr bewegen werden können. Diesen Menschen muss ich in erreichbarer Nähe Arbeit schaffen. Denn wenn ich ihnen die Mobilität nehme, dann habe ich die verdammte Pflicht – ich nehme „verdammte“ zurück, Entschuldigung, Herr Präsident –, dann habe ich die wirkliche Pflicht, an dieser Stelle dafür zu sorgen, dass die Menschen im Ruhrgebiet mit dem ÖPNV in vertretbarem Zeitkorridor ihre Arbeitsplätze erreichen können.

Dafür muss es neue Arbeit im Ruhrgebiet geben können. Dafür brauchen wir am Rande des Ruhrgebiets diese Fläche newPark, weil wir Altflächen, wie schon ausgeführt, in der Dimension nicht mehr nutzbar machen können. Wer Industrie will, wer will, dass dieses Land industrieller Schwerpunkt bleibt, der muss im Ruhrgebiet Arbeit zulassen, der muss newPark wollen. Wir werden dafür kämpfen. Wenn der Wirtschaftsminister es will, stehen wir da an seiner Seite. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Hovenjürgen. Aber Sie dürfen natürlich selbstverständlich sich selbst verdammt in die Pflicht nehmen. Das ist ohne Probleme auch in diesem Parlament in freier Rede möglich. – Es spricht als nächste Rednerin für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Kollegin Schneckenburger.

Daniela Schneckenburger (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Herr Ellerbrock, es war erstaunlich mo-

derat, was Sie vorgetragen und wie Sie das vorgetragen haben.

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: Wieso erstaunlich?)

– Ja, es war wirklich erstaunlich. Man musste im Grunde genommen anderes befürchten.

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: Nein, es ist ein differenzierter Kollege!)

Herr Ellerbrock hat das ganz recht gemacht. Allerdings – das muss man doch sagen – endete es dann doch so, wie zu befürchten war, nämlich mit einem ideologischen Bekenntnis der FDP: Wir brauchen Flächen. Wir brauchen Neuansiedlungen. – Hierbei wird nicht berücksichtigt, wie die Realität tatsächlich ist, dass nämlich Neuansiedlungen, Ausweisungen von Gewerbeflächen an rechtliche Vorgaben gebunden sind.

Wenn wir ehrlich miteinander sind, dann muss man dazu sagen, dass die Auseinandersetzung,

(Ralf Witzel [FDP]: Sagen Sie doch ehrlich, dass Sie newPark gar nicht wollen!)

die Entwicklungsgeschichte von newPark genau von diesen rechtlichen Fragen begleitet und mit diesen rechtlichen Fragezeichen auch weiterhin versehen ist.

(Ralf Witzel [FDP]: Wollen Sie es, oder wollen Sie es nicht?)

Wie ist es denn wirklich? – Schauen wir einmal ganz kurz zurück. Die newPark-Fläche ist vor 35 Jahren im Landesentwicklungsplan für Großvorhaben ausgewiesen worden. Was ist zunächst gekommen? -Gekommen ist nichts.

Dann wurde die Fläche verkleinert. Es fand auch eine Anpassung der Rahmenbedingungen statt. Die Untergrenze für den Flächenbedarf ist auf 80 ha reduziert worden. Das war schon 1994. Vor diesem Hintergrund sind anschließend neue Pläne der Städte Datteln und Waltrop zur Realisierung von newPark entstanden. 2009 sind dann die Weichen gestellt worden. So lange ist diese Fläche bereits in der Planung und Überplanung – übrigens ohne dass das Großvorhaben, das dort ursprünglich angesiedelt werden sollte, realisiert worden wäre.

Jetzt kommen Sie und geben hier Bekenntnisse dazu ab, dass das Ruhrgebiet Arbeitsplätze braucht. Herr Hovenjürgen, da stimmen wir überein. Das Ruhrgebiet braucht in der Tat Arbeitsplätze. Das Ruhrgebiet braucht auch industrielle Arbeitsplätze und gewerbliche Arbeitsplätze. Das ist komplett richtig. Aber mit Bekenntnissen allein macht man keine Politik, Herr Hovenjürgen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Man muss auch sagen, wie es denn wirklich gehen kann und wie es rechtlich so sauber gehen soll, dass Sie nicht als Opposition eines Tages kritisie-

ren: Warum hat der Wirtschaftsminister eine Bürgschaft für ein Projekt gegeben, bei dem die rechtlichen Voraussetzungen noch gar nicht geklärt waren? – Diese Frage würden Sie ja stellen.

Man springt wirklich zu kurz, wenn man sich hierhin stellt und erklärt, das bräuchten wir, aber dann nicht den Weg aufzeigen und sagen kann, wohin es gehen soll.

Es wird also schon seit Jahren über die Entwicklung dieser Fläche gesprochen. Es sind auch Gutachten in Auftrag gegeben worden. Man muss aber festhalten, dass die Risiken in Bezug auf die Entwicklung weiterhin vorhanden sind, Herr Hovenjürgen. Sie kommen doch aus der Region und müssten das auch wissen.

Beispielsweise müssten Sie wissen, dass ein Verfahren gegen den Bau der B474n anhängig ist. – Übrigens richtet sich dieses Verfahren gegen den ersten Teil der Planfeststellung. Der zweite Teil der Planfeststellung, der für die Erschließung der Fläche noch sehr viel wichtiger wäre, ist noch gar nicht erfolgt. – Darüber wird im Januar 2013 verhandelt. Der Ausgang des Verfahrens ist offen und unklar – wie das vor Gericht eben ist. Es ist noch nicht einmal klar, wann genau das Urteil vorliegen wird. – Das ist eines der Risiken bei dieser Entwicklung.

Es gibt weitere Risiken. So bestehen wirtschaftliche Risiken durch Verlagerungen von Ansiedlungen aus anderen Kommunen des Emscher-Lippe-Raums; auch dies muss man sorgfältig abwägen.

Außerdem steht man vor planungsrechtlichen Fragen. An der gerade schon angesprochenen FFH-Verträglichkeitsanalyse kommt man auch nicht vorbei.

Letztendlich gibt es finanzielle Risiken; denn die beteiligten Kommunen können ihre Eigenanteile am Grundstückserwerb ohne eine entsprechende Bürgschaft des Landes nicht darstellen. Wie der Kollege Schmelzer gerade gesagt hat, geht es hier um eine Bürgschaft von 17,5 Millionen €, die das Land übernehmen soll.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, wir haben vorgestern hier eine Haushaltsdebatte geführt. Zu Recht haben alle Redner darauf hingewiesen – deswegen handeln wir auch entsprechend –, dass bei diesem Landeshaushalt ein hoher Konsolidierungsbedarf besteht und dass ab 2020 die Schuldenbremse gilt. Diese Landesregierung bemüht sich auch, genau das auf den Weg zu bringen. Gleichzeitig fordern Sie hier den Wirtschaftsminister auf, Bürgschaften für ein Entwicklungsvorhaben zu vergeben, bei dem die rechtlichen Voraussetzungen noch überhaupt nicht geklärt sind. Sie müssten uns erst einmal erklären, wie daraus eine konsistente Haushalts- und Finanzpolitik des Landes werden soll.

Es ist absolut sinnvoll und richtig, dass die Landesregierung sorgfältig prüft und damit die genannten Risiken vor dem Hintergrund der möglichen finanziellen Belastung durch die Übernahme einer Bürgerschaft für den Grundstückserwerb in den Blick nimmt. Das kann man einer Landesregierung doch nicht ernsthaft vorwerfen! Wenn Sie ehrlich wären, würden Sie auch zugeben, dass Sie als Opposition die Ersten wären, die ein anderes Verfahren hier anprangern würden.

Über die wirtschaftspolitische Sinnhaftigkeit des Planungsvorhabens kann man vielleicht noch unterschiedlicher Meinung sein. Man kann der Landesregierung aber nicht vorwerfen, dass sie vor der Absicherung des Ankaufs dieser Fläche, die eine erhebliche Dimension hat, in einen sorgfältigen Abwägungsprozess über die Gesamtrisiken eintritt und auch noch abwartet, wie rechtliche Auseinandersetzungen verlaufen, die die ganze Planung zum Scheitern bringen können.

Lassen Sie mich nun noch etwas zur Gewerbeflächensituation im Ruhrgebiet insgesamt anmerken. Ja, das Ruhrgebiet hat perspektivisch auch Flächenbedarf. Es hat aber auch einen Flächenvorrat. Das ist anders, als Sie es eben dargestellt haben, Herr Hovenjürgen. Es gibt doch die entsprechende Analyse des RVR. Danach hat das Ruhrgebiet einen Flächenvorrat für gewerbliche Bauvorhaben von 2.721 ha. Das steht in der Studie der Wirtschaftsförderung im RVR, die Sie eigentlich kennen müssten.

Der Ehrlichkeit halber füge ich hinzu, dass davon 1.168 ha mit Restriktionen unterschiedlicher Art belegt sind. Tatsächlich sofort verfügbar sind damit 1.552 ha.

Es geht also nicht darum, dass kurzfristig ein Bedarf an Gewerbeflächen besteht. Vielmehr gibt es einen mittelfristigen und langfristigen Bedarf an Gewerbeflächen.

Herr Hovenjürgen, wenn man dann eine konsistente Politik, auch auf RVR-Ebene, machen will, muss man fragen: Gibt es Instrumente, um Flächen mit Restriktionen, also Brachflächen, beispielsweise Flächen mit einer Altenlastenproblematik, wieder verfügbar zu machen? Welche Instrumente brauchen wir dafür?

Schließlich haben wir ein gemeinsames Ziel – darauf hat sich auch Ihre ehemalige Landesregierung verpflichtet –, nämlich das 5-ha-Ziel. Es geht also darum, Flächen zu sparen und Flächen zu schonen. Deshalb müssen wir unter anderem Instrumente entwickeln, mit denen diese Altflächen wieder verfügbar gemacht werden können. Dazu will ich Sie gerne einladen. Das wäre der richtige Weg. – Danke.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Schneckenburger. – Für die Piratenfraktion spricht nun Kollege Bayer.

Oliver Bayer (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Zuschauer! Liebe Kolleginnen und Kollegen, die noch da sind! Der Strukturwandel, demografische Effekte, kommunale Finanznot und ein großer struktureller Mangel an klassischen Jobs, der größer sein dürfte als in den Arbeitslosenstatistiken erkennbar, machen der gesamten Region nördlich der Ruhr schwer zu schaffen.

Die Wirtschaft der Region braucht neue Perspektiven, die auf alten Stärken aufbauen und langfristig für ein neues, stabiles Wirtschaftsprofil und für Arbeitsplätze sorgen.

Die Ansiedlung auch neuer Unternehmen ist dabei entscheidend. Vielfach werden es Spin-offs sein, die sich mit neuen Ideen unabhängig entwickeln wollen und dabei unterstützt werden sollten.

Mit viel Kreativität und Offenheit für Neues, das aus Bestehendem hervorgeht, wird die Region nördlich der Ruhr den Strukturwandel meistern, so hoffe ich doch – allerdings nicht mit einem ideenlosen, allein durch seine Größe überzeugenden und dafür gänzlich unerschlossenen Industriegebiet voller Luftschlösser. BWLer kennen zumindest das Modell der Analyse von Stärken und Schwächen, Chancen und Risiken. Schon dabei hätte eigentlich etwas auffallen müssen.

Was soll das Spiel mit der Hoffnung auf 9.200 Arbeitsplätze, die übrigens selbst in der Prognosestudie erst für die Zeit nach 2030 erwartet werden? Mit viel Glück wird es Ansiedlungen geben, womöglich verlagert aus anderen Teilen der Region – aber in der gewünschten Qualität und mit dem gewünschten Arbeitsplatzangebot wohl eher nicht; denn was fehlt, sind die herausragenden Standortfaktoren, die überzeugen, sich dort anzusiedeln. Die Größe ist nicht einmalig, und ob es ein guter Standortfaktor ist, dass man sich nah am Naturschutzgebiet befindet, ist auch die Frage. Im Idealfall ziehen andere Unternehmen oder bestimmte Kompetenzen vor Ort.

Aber es gibt dort keine bestehenden Agglomerationen, keine vorhandenen Wertschöpfungsketten oder irgendwelche anderen Synergiemöglichkeiten. Nicht einmal die Infrastrukturanbindung ist gesichert, selbst die Bundesstraße nicht, übrigens als alleinige Zugangsmöglichkeit zu einem Green-Technologies-Standort unwürdig. Herr Hovenjürgen, wie sollen denn die, die wegen der Umweltzone ihr Auto abschaffen mussten, zu diesen Arbeitsplätzen kommen? Aber auch ein Autobahnanschluss wäre keine Garantie für Erfolg – siehe den Logistikstandort Legden in der Nähe der A31, der nicht vollläuft.

Also: Was sind die Alleinstellungsmerkmale, die dafür sorgen, dass das Areal nicht bloß eine weitere

subventionierte Konkurrenz zu anderen Gewerbegebieten in der Region ist?

Ein Gewerbesteuererlass ist für mich ein Indikator dafür, dass es darum geht, mit der Nachbarschaft zu konkurrieren, und dass es keine besseren Argumente gibt. Allein die Größe kann als Argument herangezogen werden. Danach verlangen Logistikunternehmen, aber ausgerechnet die will man dort nicht anziehen. Alle anderen Unternehmen müssen von sich aus wachsen.

Wir stellen auch Ihre Antragsbegründung bezüglich Flächenverfügbarkeit infrage. Wir denken, dass es ausreichend Flächen in NRW gibt.

Bestehende Probleme leugnen wir dabei natürlich nicht. Viele Flächen müssen zunächst einem Flächenrecycling oder einer Nachverdichtung unterzogen werden. In den mit Schwermetallen oder Chemikalien belasteten Böden finden Sie die Auswirkungen sogenannter externer Effekte oder, um es zu übersetzen: Umweltverschmutzungen, für die keiner bezahlt und die deshalb keiner beseitigt hat.

Die Gesetzeslage verpflichtet uns, für jede Naturfläche, die in ein Industriegebiet verwandelt wird, einen Ausgleich zu schaffen. Das heißt, an anderer Stelle müssen neue Naturflächen ausgewiesen werden. Ihr Antrag sagt, es gebe zu wenig Wirtschaftsflächen in NRW. Mit einer neu anzulegenden Naturfläche würden potenzielle, bereits erschlossene, womöglich integrierte Räume für Industrie- und Gewerbeflächen an anderer Stelle jedoch nicht mehr zur Verfügung stehen. Im nördlichen Ruhrgebiet gibt es viele Brachflächen und ehemalige Montanflächen. Es müssten also ohnehin noch viele Großflächen und Böden recycelt werden. Eine bereits renaturierte Fläche in Teilen wieder in ein Industrie- oder Gewerbegebiet umzuwandeln – und umgekehrt –, macht überhaupt keinen Sinn.

Flächenrotation, Herr Ellerbrock, hakt daran, dass wir dann Naturgebiete mit Infrastruktur und Industriegebiete ohne Infrastruktur haben, zumal sie keine Auenlandschaft umsiedeln können.

Es gibt genügend integrierte Flächen und bereits gut erschlossene Flächen, die überplanbar sind: etwa in Bergkamen, in Bochum, im nahen Dortmund – Westfalenhütte, PHOENIX-Areal oder Zechen Gneisenau –, in Castrop-Rauxel, Mittelstandspark. Ich lese jetzt nicht alle vor.

Das newPark-Konzept ist an entscheidender Stelle nicht schlüssig. Global Player und Local Spin-offs in Kombination mit Green-Technologies klingen mehr nach Wunsch als nach Wirklichkeit. Bei globalen Großkonzernen wird man an dem Standort nur mit massiven Subventionen Argumente haben. Ich erinnere an Nokia und Bochum, aber in dem Fall auch an Rumänien, wo auch nur Subventionen mitgenommen wurden. Ich erinnere an bekannte dreiste Fälle wie Vattenfall oder Müllermilch.

Lokale Spin-offs dagegen benötigen Nähe zu bestehenden Systemen. Wie viele Unternehmen mit diesem Flächenverbrauch – außer dem vierten Kraftwerksblock – wollten sich denn in den 15 Jahren der Diskussion zunächst vielleicht mit 80 ha oder 10 ha dort ansiedeln? Wir verstehen den Wunsch vieler nach einem Symbol für die Region. Dies kann aber nicht nach dem Prinzip Hoffnung geschehen: Wenn wir einen Park bauen, wird sich schon irgendwie ein Global Player dafür entscheiden, woanders wegzuziehen und sich dort dauerhaft niederzulassen.

Lassen Sie mich abschließend einen versöhnlichen Vorschlag machen. Wenn Sie so an Ihrer Vision hängen, wenn Sie wirklich daran glauben – es ist Ihr gutes Recht, zu träumen –, dann nehmen Sie nicht den Holzhammer! Die Verlängerung der Verkaufsoption ist doch nur eine Formsache, übliche Praxis. Ein paar Monate zusätzlich werden nach 15 Jahren Diskussion und einem Erfüllungshorizont von mindestens weiteren 15 Jahren Ihren Traum nicht erschüttern. Nehmen Sie sich jetzt Zeit für die Durchführung einer Umweltprüfung nach EU-Umweltrecht! Haben Sie Geduld bezüglich der Ergebnisse der FFH-Verträglichkeitsuntersuchung und der Klage gegen die B474n! Zeigen Sie Skeptikern wie mir wenigstens, dass Sie an den Pro-Argumenten für newPark arbeiten! – Danke schön.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Bayer. – Für die Landesregierung spricht der Wirtschaftsminister, Herr Duin.

Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst will ich den Antragstellern, die diese Aktuelle Stunde beantragt haben, danksagen, weil sie die Möglichkeit gibt, das Thema im Zusammenhang zu erläutern und in der Region vorhandene Gerüchte und Berichterstattungen einzuordnen.

Zu Beginn will ich eines deutlich machen: Diese Landesregierung tut alles für neue Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen – erst recht in der Emscher-Lippe-Region.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Dr. Joachim Stamp [FDP]: Das ist ein Gerücht!)

Wenn ich nur einen Termin in dieser Woche parallel zum Plenum herausgreife, an dem ich mit Landrat Süberkrüb, Oberbürgermeister Baranowski, Oberbürgermeister Tischler und anderen zusammengesessen habe, um darüber zu reden, welche auch über newPark hinausgehenden Initiativen wir für die Emscher-Lippe-Region in den kommenden Jahren ergreifen können, dann ist das täglich gelebte Ar-

beit, dafür zu sorgen, dass dort neue Arbeitsplätze entstehen, damit in dieser so schwierigen Region des Landes eine Perspektive erwächst.

Das schließt an das an, was gestern in der Debatte eine große Rolle gespielt hat und nicht zuletzt durch Ihren Fraktionsvorsitzenden Herrn Lindner zum Ausdruck gebracht worden ist: nicht in Depressionen zu verfallen und vorhandene Depressionen nicht zu verstärken, sondern mit ein bisschen mehr Optimismus an die Dinge heranzugehen.

Wir sollten auch eines nicht tun – das will ich für die Landesregierung noch einmal betonen –: die Sorgen der Opelaner in einer Region des Ruhrgebiets gegen die Hoffnungen in anderen Regionen ausspielen.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Die Landesregierung hat aber Verantwortung für das ganze Land und gegenüber jedem Steuerzahler/jeder Steuerzahlerin in Nordrhein-Westfalen. Bevor die Landesregierung eine Bürgerschaft über zunächst 17,5 Millionen € übernimmt, muss sie die Risiken für die Realisierung dieses Projekts bewerten.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich nenne jetzt sechs Punkte, die zum Teil in der Debatte schon eine Rolle gespielt haben, um das noch einmal zu verdeutlichen.

Erstens. Es gibt noch keine Straße zur Anbindung von newPark. Das OVG Münster hat noch nicht entschieden. Erst Mitte Januar findet ein Verhandlungstermin statt.

Zweitens. Wir müssen klären, ob das Maß an Schadstoffen in der Region schon voll ist. Es gibt in der Region noch die Kraftwerkstandorte Herne STEAG, Lünen Trianel, Datteln E.ON und das FFH-Gebiet Lippe-Aue in unmittelbarer Nähe zu dem Areal. Nach dem Urteil des OVG Münster – Herr Kollege Schmeltzer hat das vorhin schon einmal erläutert – zu Trianel muss geprüft werden, welche Emissionen für den Industriestandort newPark am Ende noch zur Verfügung stehen.

Drittens. Es gibt noch keine Bauleitplanung für die newPark-Fläche. Ich finde, die Ideen, die dazu geäußert worden sind, wie wir künftig mit solchen Dingen umgehen, völlig in Ordnung und nachdenkenswert, aber aktuell gibt es keine Bauleitplanung für die newPark-Fläche. Wir wissen schon jetzt, dass diese Bauleitplanung, wenn wir sie haben werden, beklagt werden wird, und dieses Verfahren wird nicht innerhalb eines Jahres umgesetzt werden.

Viertens. Die Förderperiode 2007 bis 2013 läuft aus und sie zu erreichen ist angesichts des zeitintensiven Verwaltungsverfahrens nicht mehr realistisch. Der aktuelle Entwurf für die nächste Förderperiode hat andere Schwerpunkte, insbesondere die Flächensanierung. Damit haben wir es in diesem Fall ganz offensichtlich nicht zu tun. Die

beteiligten Kommunen – davon haben Sie selbst gesprochen –, alle im Nothaushaltsrecht, und das Land Nordrhein-Westfalen können Ausfälle natürlich nicht tragen.

Fünftens. Die beteiligten Kommunen müssen die Eigenanteile des Projekts stemmen, und die unter anderem – da bin ich wieder bei dem Thema „Bauleitplanung“ – auch selbst finanzieren. Wir reden hier für die Stadt Datteln über eine finanzielle Herausforderung von nicht ganz 1 Million €, aber von rund 900.000 €. Die Frage: Ist das für alle Gesellschafter, für alle Beteiligten dieses Projekts leistbar?

Sechstens. Der Regionalplan hat festgelegt, dass newPark ein Unternehmen zur Erstsiedlung mit einem Flächenbedarf von 10 ha benötigt, damit es nicht zu Verlagerungen aus dem Umland kommen kann, die kleinflächiger sind.

Diese Punkte – das sind noch nicht einmal alle – sind nicht abschließend geklärt. Damit sind die Voraussetzungen, um, wie es in dem Antrag zur Aktuellen Stunde heißt, grünes Licht zu geben, nicht gegeben.

Natürlich – wir wissen das – gibt es Angebote von Landwirten, nach einem Scheitern des Projekts die Flächen zu erwerben. Aber unser erstes Ziel bleibt es, die Realisierungschancen des Projekts zu bewerten und nicht die Schadensminderung nach einem Scheitern in den Mittelpunkt unserer Überlegungen zu stellen. Wir können nicht in die Rolle kommen zu überlegen, welcher Landwirt wohl wie viel Euro für welchen Quadratmeter am Ende bereit ist zu zahlen, um hier zu einer Entscheidung zu gelangen. Das ist nicht der Maßstab, über den wir reden.

Deswegen lassen wir uns auch nicht unter Druck setzen. Wir werden nach Abschluss unserer Prüfung eine Entscheidung treffen. Die Voraussetzungen, um grünes Licht zu geben, sind in der jetzigen Situation jedenfalls nicht gegeben. Deswegen sind mit dem Grundstückseigentümer Gespräche geführt worden. Ich hoffe, dass wir noch in der nächsten Woche eine entsprechende Entscheidung des Unternehmens erhalten, damit die Ankaufoption noch einmal verlängert wird. Dann haben wir die notwendige Zeit gewonnen.

Alle Punkte – das will ich zum Abschluss noch einmal deutlich machen –, die ich heute hier genannt habe, die in der Debatte eine Rolle gespielt haben, sind nicht nur von meinem Haus, sondern auch von mir persönlich mehrfach mit der Entwicklungsgesellschaft besprochen worden, ob mit Herrn Bussfeld, Frau Dr. Bergmann, Herrn Süberkrüb oder Herrn Mager aus Dortmund und anderen. Wir sind in einem ganz intensiven Dialog, um genau diese Punkte abzuarbeiten.

Gerade die FDP ist es doch, der es so wichtig ist, dass auch bei Bürgschaften mit allergrößter Vorsicht – nehmen Sie nur einmal die Debatte gestern

und worüber wir da gesprochen haben – mit Steuergeldern umzugehen ist. In Kenntnis all dieser offenen Fragen und dieser Probleme, die wir mit diesem Projekt newPark haben, jetzt ein Ja auszusprechen, wäre nicht verantwortungsvoll gegenüber den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sie wären die Ersten, die es mir zum Vorwurf machen würden, wenn ich eine solche Entscheidung vor dem Hintergrund der gerade beschriebenen Entwicklung getroffen hätte. Deswegen muss für die Landesregierung im Mittelpunkt stehen: solides Abarbeiten der genannten Punkte und alles dafür tun, dass die Menschen gerade in der Emscher-Lippe-Region – wie ich es zu Beginn gesagt habe – eine gute Perspektive auf neue Arbeitsplätze haben. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister. – Nun spricht für die CDU-Fraktion Frau Scharrenbach.

Ina Scharrenbach (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Auch große Industrieprojekte müssen in NRW weiter möglich sein. Daher soll unter anderem die Fläche Dateln/Waltrop nach dem Entwurf des Landesentwicklungsplans als Standort für flächenintensive Großvorhaben gesichert werden.

Damit derartige Flächen für flächenintensive Großvorhaben gesichert werden, muss ihre Inanspruchnahme allerdings an strikte Voraussetzungen geknüpft werden.

„Die Landesregierung unterstützt das Projekt durch Flächensicherung“, das waren die Worte der Ministerpräsidentin Hannelore Kraft im Rahmen eines Interviews im „Wirtschaftsspiegel“ der IHK Nordwestfalen aus dem November 2011. Herr Schmeltzer hat ebenfalls zitiert.

In der Tat: Es waren damals kraftvolle Worte. Aber wo ist die Kraft für dieses Projekt geblieben?

(Rainer Schmeltzer [SPD]: In Berlin! Im Bundesrat!)

Wenn ich mir Ihre Redebeiträge hier so anhöre – auch zuletzt Herrn Minister Duin –, dann, glaube ich, kann man die in einem einfachen Satz zusammenfassen: Sie haben sich von diesem Projekt innerlich schon längst verabschiedet.

(Beifall von der CDU)

Ende 2011 wurde die Kaufoption für die 550 ha großen Flächen bis zum 31. März 2012 verlängert. Die erforderliche Bürgschaft des Landes wurde in dieser Zeit nicht zur Verfügung gestellt. Insofern

können wir es auch nicht so darstellen lassen, als kämen diese Bürgschaft und das Auslaufen der Frist so plötzlich. Wir sprechen in dieser Region schon sehr lange über diese erforderliche 100%ige Landesbürgschaft, damit die kommunalen Gesellschafter diesen Park realisieren können. Danach wurde die Kaufoption bis zum 31. Dezember dieses Jahres verlängert. Aber auch jetzt liegt die erforderliche Landesbürgschaft nicht vor. Und wir haben vernommen, dass Sie die dieses Jahr auch nicht mehr erteilen werden.

Am 23. November dieses Jahres kamen die Vertreter des Aufsichtsrates und die Gesellschafter zusammen. Auf der Tagesordnung stand wie bereits ein Jahr zuvor, im November 2011, die Beschlussfassung über den Erwerb der newPark-Flächen.

Am 2. Oktober hat die rot-grüne Landesregierung den Zwischenbericht der Prognos AG erhalten. Nach Darstellung der Aufsichtsräte und Gesellschafter wurde damals vereinbart, dass die Entscheidung über die Landesbürgschaft bis zum 8. November dieses Jahres fällt.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Und seitdem? – Warum vereinbaren Sie mit den Vertretern der Aufsichtsräte und Gesellschafter einen Zeitpunkt, für den Sie zusagen, über die Landesbürgschaft zu entscheiden, und die Entscheidung fällt nicht?

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Sie benennen hier ein rechtliches Kriterium nach dem anderen. Insofern müssen Sie sich schon fragen lassen, warum Sie die Zeit nicht genutzt haben, diese rechtlichen Kriterien insoweit hinreichend zu prüfen.

Wenn Sie verweisen auf die Klage zur Realisierung des Planfeststellungsverfahrens zur Bundesstraße 474n: Auch da gibt es juristische Möglichkeiten, Kaufverträge so auszugestalten, dass sie an Bedingungen im Zusammenhang mit dem Verfahrensausgang geknüpft werden. Dann hätten Sie im Zusammenhang mit der Landesbürgschaft die Förderbedingungen für die Städte und Gemeinden gesichert.

Das, was Sie jetzt tun, ist dem Grunde nach etwas perfide. Sie sagen: Wir müssen jetzt mal die Finanzrisiken in diesem Projekt abprüfen. – Sie haben doch den Zwischenbericht der Prognos bekommen. Sie kennen doch die Meinungen der Aufsichtsräte und Gesellschafter zur Realisierung dieses Projektes.

(Beifall von der CDU)

Wenn sich im nächsten Jahr – worauf Sie hingewiesen haben – die Förderbedingungen ändern, dann lassen Sie die Städte und Gemeinden mit dem Erwerb und der Finanzierung der 17,5 Millionen € über das Darlehen allein.

Herr Hovenjürgen hat darauf hingewiesen, dass sich etliche Städte und Gemeinden, die Gesellschafter der GmbH sind, im Stärkungspakt befinden. Diese Gemeinden können diese Finanzierung nicht mal eben vornehmen, weil dann die Restriktionen des Stärkungspaktgesetzes greifen würden.

So funktioniert es nicht. Deshalb ist das, was Sie hier tun, perfide.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Der Konflikt zwischen SPD und Grünen, der anscheinend in erheblichem Maße dazu beiträgt, dass die Landesregierung die dringend erforderliche Landesbürgschaft nicht gibt, wird damit auf dem Rücken der Menschen und Städte in unserer Region ausgetragen.

Ich will Ihnen das einmal konkret machen. Wir haben in der Metropole Ruhr eine Arbeitslosenquote von 10,8 %. Die Agentur für Arbeit attestiert dem Ruhrgebiet, dass es die ungünstigste Arbeitsmarktsituation in ganz Nordrhein-Westfalen hat. Insgesamt sind 251.411 Menschen ohne Beschäftigung – 251.411 Menschen und ihre Familien, die nicht die Möglichkeit haben, über Arbeit ihren Standard, ihr Leben zu sichern.

Wenn Sie, Herr Schmeltzer, sagen, die SPD stehe hinter newPark

(Thomas Eiskirch [SPD]: Das hat der Minister auch gesagt!)

– der Minister auch –, dann kann ich dazu nur sagen: Sprich Brutus, was willst du mit dem Messer? – Ich glaube, es ist hier sehr deutlich geworden, dass Sie dieses Projekt eben nicht unterstützen und dass diese Worte dem Grunde nach leer sind, weil Sie sie nicht füllen.

(Beifall von der CDU)

Die Städte und Gemeinden im Ruhrgebiet, die in dieser GmbH zusammengekommen sind, haben deutlich gemacht, dass man interkommunal zusammenarbeiten will und dass man sich vereinbart hat. Es wurden neue Wege gefunden. Insofern ist es wichtig, dass diese interkommunale Zusammenarbeit auch eine Zukunft bekommt.

Ihnen ist von Prognos mitgeteilt worden, dass im besten Fall bis zu 9.000 Arbeitsplätze auf diesen Flächen entstehen können. Weitere 2.000 Arbeitsplätze im regionalen Handwerk hängen daran. Das sind die Zukunftsperspektiven, die die Städte und Gemeinden für unser Ruhrgebiet aufgerufen haben. Die dürfen Sie hier nicht kaputt machen, indem Sie die Landesbürgschaft zeitlich nach hinten schieben und sich damit aus diesem Projekt zurückziehen.

Wir haben allein in der Emscher-Lippe-Region durch den Rückzug der Montanindustrie über 70.000 Industriearbeitsplätze verloren. Es ist eben nicht gelungen, diesen Strukturwandel in der Emscher-Lippe-Region zu meistern – auch, weil die

Emscher-Lippe-Region nicht in dem Maße die Unterstützung bekommen hat wie die Hellweg-Region, auch nicht durch diese Landesregierung.

Wenn Sie hier auf verfügbare Industrieflächen verweisen, dann sage ich: Das ist zum einen richtig. Zum anderen müssen Sie dann aber auch sagen: Da, wo früher Industrie war, kann heute Industrie nicht mehr sein vor dem Hintergrund zunehmender umweltgesetzlicher Auflagen, die es letztendlich nicht möglich machen, diese Brachflächen in erforderlichem Maße zu erschließen.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Deshalb müssen wir in der Tat, Frau Schneckenburger, darüber diskutieren, wie wir das in Zukunft mit der Flächenpolitik, mit der Brachpolitik, mit der Aufbereitung von Brachflächen in Nordrhein-Westfalen regeln.

Wir haben im Ruhrgebiet – das hat Herr Hovenjürgen ausgeführt – die ungünstigsten sozialen Bedingungen. Wir haben die höchsten Kassenkredite, wir haben die höchste Verschuldung. Wir kommen in die Situation, dass wir dort, wo wir die ungünstigsten sozialen Bedingungen haben, perspektivisch die höchsten Steuern haben. Und Sie drehen mit an dieser Abwärtsspirale. Dieses Verhalten können wir als CDU nicht mittragen.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU] – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Was haben wir für eine Alternative?)

– Geben Sie die Landesbürgschaft! Machen Sie den Weg frei für die Kommunen, für den Ankauf und für die Förderbedingungen! Dann können wir das Projekt entwickeln!

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Lächerlich!)

Sie haben heute – entgegen unserer Hoffnung – keine Aussage darüber getroffen, wann die Landesbürgschaft gegeben wird. Insofern können wir als CDU-Landtagsfraktion Ihnen attestieren: Das ist heute ein schlechter Tag für das Ruhrgebiet und für die Menschen im Ruhrgebiet. Und Sie haben sich eigentlich endgültig vom Industrieland Nordrhein-Westfalen verabschiedet. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Frau Scharrenbach. – Nun spricht für die SPD-Fraktion Herr Kollege Eiskirch.

Thomas Eiskirch¹⁾ (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Wissen Sie, was mich wirklich ärgert? Immer dann – das war gestern Morgen in der Aktuellen Stunde schon genauso –, wenn wir aus diesem Haus eigentlich ein breites, ein eindeutiges Signal der Solidarität und des Einstehens für bestimmte

Regionen oder Standorte bräuchten nach dem Motto „Der Landtag steht geschlossen zu einem Thema“, dann versuchen Sie – das werfe ich jetzt nicht der FDP vor, sondern beiden Rednern der CDU –, diese Themen zu nutzen, um parteipolitisches Kalkül zum Ausdruck zu bringen und Dinge gegeneinander auszuspielen. Ich finde das nach wie vor unwürdig und schäbig, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Da sind auch die Widersprüche zu nennen. Der Kollege Hovenjürgen tut so, als wäre das Ruhrgebiet ein Raum. Die Frau Kollegin Scharrenbach war diesbezüglich differenzierter und hat die Unterschiede zwischen der Emscher-Lippe-Region und der Hellweg-Region deutlich gemacht. Sie vergessen dabei allerdings, dass es Ihre Wirtschaftsministerin war, die gesagt hat: Der Strukturwandel ist beendet.

Das hat sie in Presseerklärungen wortwörtlich geäußert. Frau Thoben hat den Strukturwandel damals für beendet erklärt. – Nein, das ist er nicht, und deswegen ist es richtig, sich diese Problemsituation differenziert anzuschauen und mit Lösungen aufzuwarten. Das ist die Verantwortung dieser Landesregierung und unser aller Verantwortung, und dieser sollten wir uns gemeinsam stellen – und nicht gegeneinander.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Dann ist es natürlich auch ein Stück weit Autosuggestion, hier so zu tun, als hätte es in dem Prozess keine Veränderungen gegeben.

Noch einmal zu Ihnen, Frau Scharrenbach: Wenn Sie davon reden, wie die Abläufe waren – der Minister hat das auch noch einmal sehr deutlich gemacht –, dann kann man doch nicht einfach unterschlagen, dass vor etwas über einem Jahr, am 1. Dezember 2011, das Urteil zum Kraftwerk der Trianel in Lünen ergangen ist. Das kann man doch nicht unterschlagen. Natürlich ergeben sich daraus neue Interdependenzen, die man zu berücksichtigen hat.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Gerhard Papke)

Das muss ich Ihnen eigentlich auch nicht erzählen. Schließlich ist es Ihre Nachbargemeinde. Sie werden hoffentlich wissen, dass vorgestern der Erörterungstermin zur Neuplanung beendet wurde. Das heißt, dieser muss jetzt ausgewertet werden. Wir sind also auf einem Weg, auf dem diese Dinge wieder zueinander finden und ineinander fließen müssen. Insofern ist es doch mehr als seriös, sich der Situation zu stellen und zu gucken, was die Dinge sind, die etwas erlauben, und was Dinge sind, die etwas infrage stellen können, weswegen man sich damit beschäftigen und nach Lösungen suchen muss.

Insofern finde ich es schlicht und ergreifend nicht fair, dass Sie es hier so darstellen, zumal sowohl

der Minister als auch der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD als auch, wenn ich es vorhin richtig mitbekommen habe, die Kollegin Schneckenburger von den Grünen deutlich gemacht haben, dass wir natürlich zu dem stehen, was gesagt worden ist. Im Gegensatz zu Ihnen erkennen wir allerdings auch, welche Veränderungen es gab, auf die man sich nun einstellen muss.

Es gibt noch mehr dieser Veränderungen. Wir müssen festhalten, dass bei diesem Thema wie auch bei anderen Themen – irgendwie scheinen Sie das zumindest für die Emscher-Lippe-Region flächendeckend zu Ihrem Kredo zu machen – Bekenntnisse nicht Sachverstand und Sachverhalte ersetzen können, Kolleginnen und Kollegen. Das ist nicht mehr zu ertragen.

Egal, ob es bei Datteln 4 oder bei Trianel in Lünen ist: Überall dort, wo Urteile gefällt worden sind, die veränderte Grundsituationen ergeben, glauben Sie, dies durch Bekenntnispolitik zu verändern. Das ist nicht richtig. Darauf muss man ein bisschen mehr Hirnschmalz verwenden, sich in den Sachverhalt einzuarbeiten und nach Lösungen suchen – so, wie wir es nun bei Datteln 4 sehr kleinteilig machen müssen, weil Sie es damals in Ihrer Verantwortung vor die Wand gefahren haben! So und nicht anders war das.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Kollege Hovenjürgen, Sie sprechen davon, wie das aussieht, und bringen zwischenparteilich starke Worte. Ich kann eines immer nur betonen: Das Wichtigste bei Projekten ist, dass sie vor Ort getragen werden.

In diesem Zusammenhang möchte ich Ihnen vortragen, was heute in der „WAZ“ von Ihrem stellvertretenden CDU-Fraktionsvorsitzenden im Rat der Stadt Datteln, Herrn Sonderkamp, zu lesen war: „Ich habe den Glauben an die Realisierung verloren“, sagte er und äußerte sich kritisch über Argumente, die immer wieder für dieses Gebiet herangezogen würden.

Dazu kann ich nur sagen: Arbeiten Sie nicht hier daran, diejenigen zu überzeugen, die eh an der Seite derer stehen, die für die Realisierung eintreten. Arbeiten Sie vielmehr daran, dass wenigstens die CDU vor Ort geschlossen hinter dem Projekt steht! – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Eiskirch. – Für die FDP-Fraktion hat nun Herr Kollege Witzel das Wort.

Ralf Witzel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben hier in dieser Woche intensiv über die Krise bei Opel gesprochen.

Diese Debatte für den Standort Bochum zeigt uns eines: Wir brauchen Industriearbeitsplätze im Ruhrgebiet.

Deutschland ist wegen eines starken industriellen Kerns gut durch die Finanzkrise gekommen. Den müssen wir erhalten und weiter ausbauen.

(Beifall von der FDP)

Die Ansiedlung von neuer Industrie verbindet gerade bei dem hier in Rede stehenden Projekt Umweltschutz und Arbeitsplätze. Es ist deshalb ein wichtiger Beitrag zum Strukturwandel im Ruhrgebiet. Trotzdem wird newPark dort vor Ort und auch hier mit all der Skepsis im Haus ständig von den Grünen blockiert. Deshalb sagen wir Ihnen: Sie sollten an Ihrer landespolitischen Schwerpunktsetzung etwas ändern. Investieren Sie etwas weniger Energie in das Biotop des Nationalparks Lippe und etwas mehr in Industriearbeitsplätze eines newPark Emscher-Lippe, meine Damen und Herren!

(Beifall von der FDP)

Hätten Sie dem newPark in Ihrer Regierungszeit nur halb so viel Aufmerksamkeit wie dem Nationalpark gewidmet, dann wären wir hier erheblich weiter.

Die vom Wirtschaftsministerium geforderte ergebnisoffene Kosten-Nutzen-Analyse von Prognos geht in ihrem Zwischenbericht davon aus, dass das regionale Beschäftigungspotenzial knapp 9.500 Arbeitsplätze betrage. Die kumulierte Bruttowertschöpfung summiere sich demnach bis zum Jahr 2039 auf immerhin 12,3 Milliarden €. Aktuell sind laut Statistik der Bundesagentur für Arbeit 250.000 Menschen im Ruhrgebiet arbeitslos gemeldet. Allein im Kreis Recklinghausen sind es rund 33.500. Und dieses Potenzial wollen insbesondere die Grünen bereitwillig verschenken, indem sie Umweltschutz und Arbeitsplätze einmal mehr ideologisch gegeneinander ausspielen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP – Mario Krüger [GRÜNE]: Die Ideologen sind doch Sie!)

Das newPark-Konzept ist außerhalb NRWs bislang ein voller Erfolg. Es wurde bereits in Erfurt umgesetzt. Dort sind seitdem mehrere Tausend Arbeitsplätze geschaffen worden.

Die unterschiedlichen Meinungen in Ihrer Koalition werden ja offenbar. Denken Sie an den gerade erst publizierten Brandbrief an Frau Ministerpräsidentin Kraft von den Oberbürgermeistern Ullrich Sierau, SPD, Dortmund, Frank Baranowski, SPD, Gelsenkirchen, Bernd Tischler, SPD, Bottrop, sowie des Landrats des Kreises Recklinghausen Cay Süberkrüb, SPD, gemeinsam mit dem DGB Emscher-Lippe und der Vestischen Gruppe der IHK zu Münster. Was sagen Sie all diesen Akteuren? Das sind doch keine Gegner der Landesregierung, es sind Ihre Parteifreunde, die Ihnen sagen: Sie müssen hier einmal voranmachen!

(Beifall von der FDP)

Sie nehmen da eine Verzögerungshaltung ein. Herr Wirtschaftsminister, Sie waren gerade so ehrlich einzuräumen, dass dann, wenn wir in den nächsten Tagen nicht schnell zu Entscheidungen kommen, für die neue Förderperiode EFRE – 2013 und danach – große Risiken bestehen. Sie selber haben hier ganz offen eingeräumt, dass es Fragezeichen gibt, ob bei neuen Förderschwerpunkten überhaupt noch die Unterstützung zu generieren ist, die wir heute noch haben könnten. Deshalb tickt natürlich hier die Uhr. Sie müssen schnell handeln.

Eines geht nämlich nicht: dass wir unter Vorschub bestimmter Argumente aus Sicht der Regierung ein paar Wochen Zeit gewinnen, um dann mit Krokodilstränen Anfang nächsten Jahres oder im Frühjahr 2013 hier zu sagen: Wir hätten das alles gerne gemacht, aber die Fördervoraussetzungen stimmen jetzt nicht mehr. Jetzt trägt es sich wirtschaftlich nicht mehr. Tut uns wahnsinnig leid. Wir hätten es doch so gerne gehabt! – Das wäre kein ehrlicher Umgang mit dieser Problematik.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Deshalb haben auch wir ganz ehrlich gesagt – mein Kollege Ellerbrock hat bereits darauf hingewiesen –: Selbstverständlich gibt es noch einzelne planerische Fragen zu klären und sind noch Schritte zur Realisierung von newPark zu unternehmen. Das bestreitet niemand. Entscheidend ist, dass es jetzt ein Signal der Planungssicherheit dafür gibt, dass Sie die Bürgschaft erteilen wollen. Man kann Grundstücksankäufe auch unter Prämissen tätigen, dass bestimmte Eigenschaften wie Anbindung und Erreichbarkeit von Liegenschaften gegeben sind. Aber entscheidend ist, dass dieses Zeichen von Ihrer Seite kommt, dieses Signal für das Ruhrgebiet und die Emscher-Lippe-Region.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Was Sie von den Grünen wirklich wollen, wird nicht offenbar, wenn man sich die aktuellen Interviews von Herrn Priggen anschaut, zum Beispiel in der „Recklinghäuser Zeitung“. Dort sagen Sie ja mehr oder weniger: Wir haben doch jetzt neue Möglichkeiten durch die Entwicklung bei Opel. – Vielmehr muss man einmal in alte Protokollunterlagen dieses Hauses aus der 14. Legislaturperiode schauen. Damals haben wir die Debatten auch schon geführt. Sie haben sich dort auch eingelassen. Wenn man in bisherige Debatten hineinschaut, wird offenbar, dass Sie seit Jahren die Skepsis, den Zweifel nähren, weil Sie in Wahrheit nicht wollen, dass newPark hier entsteht. Das gehört zur Wahrheit dazu.

Wir stehen zu newPark, wollen es auf den Weg bringen und erwarten von der Landesregierung, die Leitentscheidung so zu treffen, dass dieses Projekt auch gelingt.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun Herr Kollege Priggen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Der muss jetzt alles wieder richtigstellen!)

Reiner Priggen (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Witzel, dieses dröhnende Verlangen nach Bekenntnissen oder Signalen der Planungssicherheit nützt überhaupt nichts. Wir beide sind gleich lange im Landtag. Ich habe gelernt, dass Landesplanung eine Königsdisziplin dessen ist, was man überhaupt an planerischen Tätigkeiten machen kann. Sie können Bekenntnisse abgeben, aber damit kommen Sie an dieser Stelle nicht weiter. Sie müssen sauber und sorgfältig planen und zur Kenntnis nehmen, dass Sie sonst immer wieder vom Oberverwaltungsgericht, vom Europäischen Gerichtshof genau in diesem Prozess korrigiert werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich will es Ihnen noch einmal erklären, weil Sie offensichtlich immer mal Gedächtnislücken haben. Sie haben in der Zeit von 2005 bis 2010 hier regiert. Sie waren in der Zeit für die Planungsentscheidungen in diesem Bereich zuständig. Das ist eine Region, bei der wir über jeden Arbeitsplatz froh sind, bei der es aber gewisse hohe Vorbelastungen gibt und bei der Sie vier Projekte zugelassen und angestoßen haben, und zwar alle parallel und ohne abzuwägen.

Das ist auf der einen Seite das E.ON-Kraftwerk in Datteln. Das Oberverwaltungsgericht Münster hat den Bebauungsplan in Grund und Boden zerfetzt, und Sie haben ein landesplanerisches Desaster angerichtet. Nicht wir haben es gemacht, sondern Sie haben es falsch eingestiebt.

(Beifall von den GRÜNEN – Marcel Hafke [FDP]: Sie wollen es gar nicht!)

Etwa zur gleichen Zeit, ein bisschen früher, ist die Kraftwerksplanung der Steag in Herne eingeleitet worden. Lünen ist seinerzeit auch eingeleitet worden. Auch bei Lünen haben Ihnen die Gerichte – deswegen gibt es noch einmal den Erörterungstermin – im Prinzip Ihre Planungsleistung zerschlagen. Und dann packen Sie obendrauf noch Waltrop.

Jetzt gibt es – das ist vom Kollegen Schmelzter schon richtig gesagt worden – ein Gerichtsurteil vom 1. Dezember 2011: das Trianel-Urteil des OVG Münster zu Lünen. Das ist keine grüne Einrichtung, sondern das Oberverwaltungsgericht, das für Landesplanung zuständig ist. Dieses hat davon gesprochen, dass es eine Summationswirkung in der Region gibt. In einer Region gibt es ein bestimmtes zu-

lässiges Maß an Belastungen. Wenn das Maß überschritten ist, geht da nichts Neues mehr. Dann hat das Gericht eine Prioritätenabfolge genannt: Die Planungen, die zuerst beantragt werden, haben ein Vorrecht. In dieser Reihenfolge der Planungen gibt es vor Lünen und vor newPark nämlich Herne von der Steag und Datteln von E.ON. Dann kommt Lünen, und nach drei Kraftwerken kommt newPark.

Wenn Sie Zeitung lesen – das sind im Übrigen keine Pressemitteilungen der Grünen –, sollten Sie ganz sorgfältig feststellen können, dass die Trianel, um Lünen möglich zu machen, mit Steag einen Vertrag geschlossen hat. Sie hat für den Betrieb des Kraftwerks in Lünen die finnische Fortum herausgenommen und nimmt an der Stelle die Betriebsmannschaft der Steag. Dafür reduziert die Steag ihr Emissionspotenzial in Herne, sodass man insgesamt hofft, in der Summationswirkung Lünen gängig zu machen. Das ist das, was die Firmen machen, weil sie genau wissen, dass das Maß voll ist, und auch wissen, dass das OVG da wieder drüberschaut. Das alles ignorieren Sie und wollen es nicht wahrhaben.

Da sage ich Ihnen als grüner Spießler: Es gehört auch dazu, dass man die Rechtsstaatlichkeit, die Planungssicherheit, die Planungsprozesse sorgfältig einbezieht. Der Kollege Ellerbrock kennt das alles; deswegen hat er an der Stelle auch ganz zurückhaltend auf Ihren Dröhnbeitrag reagiert. Es nützt nämlich nichts: Wenn man nicht sauber und sorgfältig arbeitet, hat es keinen Zweck, hinterher herumzudröhnen und Bekenntnisse zu fordern. Es rächt sich nämlich, wenn man nicht ordentlich arbeitet.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das haben Sie aber an der Stelle gemacht. Um das ganz klar zu sagen: Man kann über Projekte streitiger Auffassung sein, aber es hilft niemandem, wenn man Leute durch schludrige Planungsarbeit vor die Gerichte jagt. Es hilft nicht den Investoren, die wissen wollen, ob sie handeln können, und das auch möglichst schnell, sonst kostet es unnötig Geld und Zeit. Es hilft nicht den Bürgern, die man damit auf die Bäume jagt. Es hilft auch nicht der lokalen Politik.

Da haben Sie einen Fehler nach dem anderen gemacht. Alle Projekte, über die ich geredet habe und die damit zusammenhängen, liegen in Ihrer Regierungszeit. Das ganze Desaster haben Sie zu verantworten und nicht diejenigen, die mit den Konsequenzen leben müssen. Zu dieser Verantwortung sollten Sie auch einmal stehen. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Priggen. – Für die Piratenfraktion erteile ich das Wort Herrn Kollegen Rohwedder.

Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sprechen heute von einem Industriepark in einem Naturschutzgebiet. Was ist denn das? Eigentlich ein schreiender Widerspruch. Industriestandorte werden nicht dadurch umweltfreundlich, dass wir sie in einem Naturschutzgebiet ansiedeln. Das ist kein Green New Deal mit Zukunftsarbeitsplätzen, der hier geplant ist.

Herr Ellerbrock von der FDP hat in seinem Eingangsbeitrag zur Aktuellen Stunde einen Zusammenhang zum Schwarzbau in Datteln hergestellt. Er sagte, es sei sinnvoll, Industriegebiete dort zu bauen und zu erschließen, wo es bereits Kraftwerke gibt. Ich weiß nicht, was das Kraftwerk Datteln, das wahrscheinlich sowieso nicht in Betrieb gehen wird, damit zu tun hat. Das Kraftwerk Datteln ist dafür gebaut, um Eisenbahnstrom mit 16 2/3 Hertz herzustellen. Das können Sie in einem Industriegebiet gar nicht verwenden. Da braucht man 50 Hertz. Damit werden Sie dort nicht einmal Plastikweihnachtsbäumchen herstellen können.

(Beifall von den PIRATEN)

Es geht also um ein Naturschutzgebiet, das zu einer Industriefläche werden soll und das Flora-Fauna-Habitat Lippeauen mit beeinflusst. Es sollte allgemein bekannt sein, dass in FFH-Gebieten wild lebende Arten und deren Lebensräume geschützt und die europaweite Vernetzung dieser Lebensräume auch gesichert werden soll. Das besagt die Naturschutzrichtlinie der Europäischen Union, und das ist geltendes Recht.

Diese Rieselfelder, um die es hier geht, sind natur-schutzfachlich wertvolle, große Flächen. Teilweise reichen sie eben bis in die Lippeauen, die FFH-Gebiet sind. Sie haben auch eine wichtige Klimafunktion für den Ballungsraum im Ruhrgebiet, weil sie eine Kaltluftschneise sind, die an heißen Sommertagen Kaltluft in das Ruhrgebiet bringen – eine immer wichtiger werdende Funktion im Zuge des Klimawandels. Das gehört mit zur Klimaanpassungsstrategie, die wir brauchen.

Es sind auch wichtige Überschwemmungsgebiete, die bei Extremniederschlägen Hochwasserwellen abpuffern können. Und es gibt einen europaweiten Rückgang der Wiesenvögel, der Vögel der offenen Fluren, die genau in diesen Gebieten ihre Habitate haben und die unbedingt geschützt werden müssen.

Ein so wertvolles und schützenswertes Gebiet zu zerstören, dafür kann man sich kaum einen triftigen Grund vorstellen. Wir kennen auch keinen. Der Presse war zu entnehmen, dass auf eine strategische Umweltprüfung verzichtet wurde. Das ist nicht rechtsstaatlich. Warum wurde darauf verzichtet? Weiß das jemand hier? Eine Realisierung dieses newParks würde eine ökologisch intakte Freifläche zerstören und in eklatanter Weise gegen elementa-

re Ziele des Natur- und Landschaftsschutzes verstoßen. Und ohne Umweltprüfung verstößt die Planung dann auch noch gegen europäisches Recht. Damit haben wir dann wieder den Zusammenhang zu Datteln – genauso ein Schwarzbau, der gegen Recht und gegen Rechtsstaatlichkeit verstößt.

Das heißt, dem Projekt droht bei einer Klage das gleiche Schicksal wie dem E.ON-Schwarzbau in Datteln. Ich hoffe, dass NABU und BUND klagen werden. Wir werden das gegebenenfalls unterstützen. Hier wird ohne Notwendigkeit und ohne Rücksicht auf die Landschaft auf Naturschutzbelange und auf die wichtige Erholungsfunktion in wertvolle Grünbereiche hineingegangen. Unsere Forderung ist hier ganz klar: Wir wollen eine strategische Umweltprüfung.

(Beifall von den PIRATEN)

Ich komme zur Erschließung des Gebietes. Wer zahlt dafür? Die Kommunen, die Dattelner Bürger? Der Dattelner Rat hat dazu schon diskutiert. Da ging es um Abwasserrohre, die über die Abwassergebühren der Dattelner Bürger finanziert werden müssen. Die Gesamtkosten sind unbekannt, es sind wohl Millionen. Es ist ein teures Vergnügen, so dicke Kanalrohre zu verlegen. Und bei den klammen Haushalten der Kommunen ist das von ihnen kaum zu stemmen.

Es gibt keine offiziellen Angaben zu den Erschließungskosten. Wo ist da die Transparenz? Es gibt sicher gute Gründe, diese Ausgaben zu verschleiern. Das sollen dann nämlich die Bürger für den newPark bezahlen. Warum? Wenn ein Privatmensch ein Grundstück erschließt, um darauf ein Haus zu bauen, darf er seine Erschließungskosten selber tragen. Hier werden diese Rieselfelder ein finanzieller Alptraum für die Bürger. Die Arbeitsplätze und die entsprechenden Steueraufkommen sind nicht garantiert – und wenn, dann kommt überhaupt erst etwas in ferner Zukunft. Und die Landesregierung soll jetzt eine Bürgschaft absegnen. „Wer bürgt, wird gewürgt“, weiß der Volksmund.

(Beifall von den PIRATEN)

Über die verkehrstechnische Anbindung wurde hier schon geredet. Das werde ich jetzt unterlassen.

Ich möchte noch einmal ein Zitat bringen:

„Der Landtag Nordrhein-Westfalen stellt fest, dass das ‚newPark‘-Projekt auf den Rieselfeldern im Bereich der Städte Datteln und Waltrop ökologisch und ökonomisch verfehlt, kommunal-haushaltsrechtlich fragwürdig und in punkto Arbeitsmarktpolitik und EU-Beihilferecht mit einer Vielzahl von rechtlichen und politischen Unwägbarkeiten behaftet ist. Ein Projekt, das in dieser Weise durch Fehlanreize und Mängel geprägt wird, ist nicht dazu geeignet, den Standort NRW zu stärken.“

Das ist aus einem Antrag der Grünen vom 02.03.2010. Ich finde es schade, dass Frau Schneckenburger und auch Herr Priggen auf ihren alten Antrag, der eine vernünftige Position enthielt, hier nicht mehr eingegangen sind. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Landesregierung hat sich noch einmal der Wirtschaftsminister zu Wort gemeldet, dem ich hiermit das Wort erteile.

Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nur eine ganz kurze Antwort auf das, was Frau Scharrenbach und Herr Witzel hier gesagt haben. Zum einen wurde hier noch einmal auf ein Datum hingewiesen, den 8. November, an dem eine Entscheidung hätte getroffen werden können. Ich habe gerade noch einmal nachgesehen. In der Tat hat es am 8. November ein Treffen mit dem Lenkungsausschuss der Projekt- und Entwicklungsgesellschaft mit mir im Ministerium gegeben.

Dann haben Sie beide mehrfach zum Ausdruck gebracht, wir würden dieses Projekt eigentlich nicht mehr wollen. Ich will versuchen, das in zwei Sätzen zusammenzufassen: Wenn diese Landesregierung dieses Projekt nicht mehr wollen würde, dann hätte es am 8. November eine negative Entscheidung über die Vergabe der Bürgschaft gegeben. Es ist alleine dem politischen Willen dieser Landesregierung zu verdanken, dass es die Perspektive newPark weiterhin gibt. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Minister. – Jetzt hat sich auch noch Herr Kollege Hovenjürgen zu Wort gemeldet.

Josef Hovenjürgen (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte noch einmal auf den geschätzten Kollegen Priggen an dieser Stelle eingehen. Wenn wir den Außenbereich schonen, wenn wir im Außenbereich weniger zugreifen wollen, wenn wir den Landwirten die Flächen durch Kompensation und anderweitige Nutzungen nicht vorenthalten wollen, dann müssen wir bereit sein, im Bereich der Altflächen tätig zu werden.

Zur Wahrheit gehört, dass man die Bereitschaft besitzen muss, über den Abstandserlass und die Landesbauordnung neu zu reden. Man muss die Bereitschaft besitzen zu sagen: Wir müssen über nichtstörendes Gewerbe und die Klassifizierung neu reden, wir müssen über weniger störende Industrie neu reden, damit wir in der Lage sind, Altflächen in Anspruch zu nehmen.

Wenn wir schon diese aufwachsende Belastungssituation erwähnen und die daraus resultierende Problemstellung, die Sie beim newPark sehen, darf man vielleicht darauf hinweisen, was in den über 16 Jahren der newPark-Geschichte für ein Aufwuchs an Ansprüchen entstanden ist. Auch da hat es einen Aufwuchs gegeben. Wir wären vielleicht schon fertig gewesen, wenn wir da schneller gewesen wären. Auch das gehört zur Wahrheit dazu.

Wir sind bereit, alle Wege miteinander ernsthaft zu erörtern, die zur Realisierung von Arbeitsplätzen im Ruhrgebiet führen. Wir müssen dann aber auch die Chancen ergreifen, die wir haben. Wir sehen den newPark als Chance. Wir würden uns freuen, wenn wir gemeinsam an diesem Strang ziehen. Ich widerspreche dem Kollegen Thomas Eiskirch ganz deutlich: Wir ziehen am selben Strang. Wir möchten nur erkennen, dass das alle regierungstragenden Parteien auch tun. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Hovenjürgen. – Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit **schließe** ich diese **Aktuelle Stunde**.

Wir treten ein in den Tagesordnungspunkt

3 NRW braucht eine transparente und flächendeckende Beteiligung bei Frühen Hilfen und Familienhebammen. Belastende Situationen entstehen nicht nur in SGB II-Familien!

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/1616

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende CDU-Fraktion Frau Kollegin Milz das Wort. Bitte, Frau Kollegin Milz.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Andrea Milz¹⁾ (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Um der besonderen Schutzbedürftigkeit von Kindern und Jugendlichen in Zukunft noch besser gerecht zu werden, hat die Bundesregierung zu Beginn des Jahres das Bundeskinderschutzgesetz auf den Weg gebracht. Aufbauend auf den beiden Säulen Prävention und Intervention will das Gesetz alle wichtigen Akteure im Kinderschutz stärken.

Ein wichtiger Baustein bei der Umsetzung der Bundesinitiative Netzwerke Frühe Hilfen und Familienhebammen seit Juli ist die Förderung des Auf- und Ausbaus von Netzwerken Früher Hilfen. Netzwerkkordinatoren werden eingesetzt und qualifiziert. Familienhebammen und vergleichbare Berufsgrup-